

12ert jährlich im Stadt, Orts- und Nachbarortverehr M. 2.10, außerhalb M. 2.90 einschließl. der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kost 2.10 P. Fernsendungsgebühr nach, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

gegründet 1877.



Die heutige Seite ober deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamenseite ober deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen entsprechend der Anzahl. Bei gerichtlicher Entscheidung und Konflikt ist der Anwalt zuständig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 13

Druck und Verlag in Altensteig.

Freitag, den 17. Januar.

Amtsblatt für Salzgartenweiler

1919.

Für Groß-Deutschland!

Rundgebung der deutschen Presse.

Wir demonstrieren heute mit der gesamten deutschen Presse für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.

Uebereinstimmend mit dem ganzen deutschen Volke fordern wir die sofortige Durchführung des am 12. November 1918 von der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ausgesprochenen Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland.

Wir grüßen unsere Brüder in Deutsch-Österreich, besonders auch die tapferen Verteidiger Deutsch-Böhmens, des Sudetenlandes und der deutschen Südslawen, als Bürger Groß-Deutschlands.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Trier, 16. Jan. Gestern vormittag wurden die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands vom 17. Januar ab im Salonwagen des Marschalls Foch eröffnet.

Das deutsche Volk will Frieden. Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands.

Trier, 16. Jan. Im Verlauf der Sitzung der Waffenstillstandskommission überreichte Staatssekretär Erzberger folgende gemeinsame Note der bayerischen, der württembergischen und der badischen Regierung: Trotz des rechtlichen Bemühens wird es nicht gelingen, bis zum 16. ds. Mts. die geforderten Eisenbahnfahrzeuge abzuliefern.

Weiter wird aus den Verhandlungen gemeldet: Marschall Foch erklärte sich namens der Alliierten bereit, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern unter folgenden Bedingungen:

Obwohl bei den Eisenwegen seit der Erneuerung des Waffenstillstands bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind, muss festgestellt werden, dass ihre Gesamtzahl nicht die Hälfte dessen erreicht hat, was laut der schiedsgerichtlichen Vereinbarungen hätte erreicht sein sollen.

400 vollständige Dampfzüge mit doppelter Maschine und dazu einerschichtem Puffer, 6500 Gütermaschinen, 7000 Pufferzugmaschinen, 6500 Wägel, 6500 Probantzüge, 12500 Wagen, 6500 Messerzüge, 2500 Stahlzüge, 2000 Drehzylinder, 2500 Graswalzenmaschinen, 2500 Heubinder, 3000 Bindemäher.

neu oder in sehr gutem Zustand, mit dem zu jedem Gerät notwendigen Zubehör und mit den Ersatzteilen für einen Betrieb von 18 Monaten.

Artikel 10 (Kriegsgefangene): Die alliierten Regierungen fordern von der deutschen Regierung den Strafvollzug gegen die Schuldigen; sie verfolgen die Durchführung des Vollzugs, abgesehen von den neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederholung ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht.

Artikel 10 (Kriegsgefangene): Die alliierten Regierungen fordern von der deutschen Regierung den Strafvollzug gegen die Schuldigen; sie verfolgen die Durchführung des Vollzugs, abgesehen von den neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederholung ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht.

Offiziere der Alliierten werden eine Kommission bilden um dem Einverständnis, die besagt sein soll, alle auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen unmittelbar mit der deutschen Regierung zu behandeln.

In Artikel 19 (finanzielle Bestimmungen): Im Anbetracht der oben hervorgehobenen Verluste und um neue Garantien zu nehmen, beschließt das alliierte Oberkommando, sich anzubahalten, von jetzt ab, wenn dieses für angemessen erachtet wird, den durch die Forderung des rechten Rheins abgelebten Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometer vor diesen Fort zu besetzen.

Wiederhaltung des auf dem französischen und belgischen Gebiet weggeführten Materials: 1. Auf Verlangen der französischen und belgischen Regierung sollen die Maschinenteile der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsgeräte, die verschädeten Zubehörtteile jeder Art und im allgemeinen jeder industriellen oder landwirtschaftlichen Gebrauchsgüter, der aus den Gebieten, welche die deutsche Front an der Westfront besetzt hatten, unter welchem Vorwand auch immer von den militärischen oder zivilen Behörden oder von einzelnen Personen fortgenommen worden ist, in unerschüttertem Zustand zur Verfügung der Alliierten zurückgegeben werden.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die alliierten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung, dass sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.



Waldmoor und Wälder im Land haben wolle. Der Soldatenrat sei mit dieser Bitte um Hilfe in allen Wägen Deutschlands auf Schwierigkeiten gestoßen. Es gelte, sehr schnell zwei Bataillone Dörren mit voller Ausrüstung aufzustellen, wenn die Hilfe nicht zu spät kommen soll. Aus Riga wird von zuverlässiger Seite berichtet, daß die Bolschewistenführer sich geduldet hätten, es bestrebe die Absicht, bis zur deutschen Grenze vorzudringen, um sich dort mit den deutschen Spartakusleuten zu vereinigen.

Ferner teilt die Oberste Heeresleitung amtlich mit: Die vorderste Linie des freiwilligen baltischen Landheeres verläuft von Popeljan (Kowno) nach Mitau (Kurland). Die Bahnstrecke ist bei Popeljan unterbrochen. Ein russischer Kommissar kündigte die Vereinerung des Bahnhofs Kowlo, 45 Kilometer östlich Kowno, durch starke russische Kräfte an, die im Vormarsch auf Kowno begriffen seien. Einer amtlichen Mitteilung der Obersten Heeresleitung über den Abtransport unserer Truppen im Osten entnehmen die „Deutsche Tageszeitung“: In Riga sind berittene Bolschewisten eingedrungen, der Güterbahnhof wurde geplündert. Die Strecke Mitau-Schauken ist teilweise unterbrochen. Zum Bahnschutz aufgestellte Abteilungen des 8. Armeekorps, darunter Infanterieregiment 6, verweigerten den Dienst.

Neues vom Tage.

Der Entwurf zur Reichsverfassung.

Berlin, 15. Jan. Der Rat der Volksbeauftragten hat sich gestern und heute mit dem Verfassungs-Entwurf beschäftigt, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Der Entwurf ist vom Staatssekretär Preuß und seinen Mitarbeitern im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden. Der Bundescharakter des Reichs wird in der neuen Verfassung gewahrt. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Kreisaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf 10 Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern gebildet. Das Parlament wird sich aus einem vom gesamten Volk zu wählenden Volkshaus und aus einem Staatsrat zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 15. Jan. Für die Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung sind im ganzen Reich Vorkehrungen getroffen worden. Sämtlich wird die Versammlung in den ersten Tagen des Februar einberufen. Ueber den Ort ist noch keine Entscheidung getroffen.

Nach der „Kreuztg.“ soll sich Nadel-Sobelsch in Braunschweig aufhalten und im herzoglichen Schloß, vor dem Maschinengewehre und Geschütze aufgestellt sind, Wohnung genommen haben.

Arbeitslosenunterstützung.

München, 16. Jan. Die Stadt München hat bis jetzt über 1 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen an Arbeitslose, deren Zahl derzeit 22 000 beträgt, ausbezahlt.

Der Abtransport der Ukrainetruppen.

Berlin, 15. Jan. Durch das dauernde Anwachsen des Bolschewismus in der Ukraine wird die Lage der dort noch anwesenden deutschen Truppen immer unhaltbarer. Ihr Abtransport auf dem Landwege ist völlig ausgeschlossen. Es verlautet, daß die Entente-Admirale Galtshofe und Lejan den erneut bei ihnen gestellten Antrag auf Zulassung von Seetransporten zur Zurückführung unserer Truppen nunmehr anerkannt haben und ihn bei ihren Regierungen bekräftigen werden.

Wahlberechtigung der Deutschen in Oesterreich.

Wien, 16. Jan. Die Angehörigen des Deutschen Reichs werden nach dem Beschluß des Staatsrats in Deutsch-Oesterreich unter denselben Bedingungen zur Wahl der österr. Nationalversammlung zugelassen, wie die Deutsch-Oesterreicher zur Wahl im Reich.

Ein belgischer Strafantrag.

Bern, 15. Jan. Nach dem „Echo de Paris“ haben die Bewohner des belgischen Dorfes Etche einen Strafantrag wegen Mordes gegen den deutschen Kronprinzen, den Prinzen Oskar und den Kommandeur des 50. schlesischen Infanterie-Regiments gestellt, weil bei der Zerstörung des Dorfes am 22. August 1914 256 Personen in den Flammen umgekommen und 212 getötet worden seien. Belgische Zeitungen verlangen die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen der Uebergabe von Antwerpen durch die Zivilbehörden.

Landesnachrichten.

Allensteig 17. Januar 1919.

* Verfehlt wurde seinem Ansuchen gemäß der Amtsgerichtssekretär Bärn von Tellenau an das Amtsgericht Nagold.

Freudenstadt, 16. Jan. (Schlußverteilung.) Im Banker Krupp'schen Konkurs beträgt die Dividende mit ganz 10% (9,937%).

Stuttgart, 16. Jan. (Aus dem Parteileben.) Die neugewählten Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei traten gestern im Landtagsgebäude zu einer Fraktions-sitzung zusammen. Der Vorsitzende der Partei begrüßte die neue Fraktionsgemeinschaft und in ihr besonders auch die ersten weiblichen Abgeordneten. Er wies auf die wichtige und verantwortliche Stelle hin, die der Fraktion als ausschlaggebender Partei zufallen sei; sie werde die Plätze einnehmen, die früher das Zentrum innegehabt habe. Rasche Herstellung einer guten Verfassung sei zur Stärkung des Sicherheitsgefühls des ganzen Volkes die bedeutendste geschichtliche Aufgabe der Landesversammlung, welche am 23. Januar zusammentreten werde. In den Vorstand der Fraktion wurden einstimmig gewählt die Abgeordneten: Konrad Haushmann, Sieber und Bruckmann, zu Schriftführern die Abgeordneten Höfner, Hopf und Fern. Reinath, und zum Kassier der Hg. Bayer. Es folgte Johann eine wahr-tiche Ansprache, die sich u. a. auf die Konstituierung der neuen Landesversammlung bezog. Um die Arbeiten möglichst die beschleunigen, beschloß die Fraktion, sofort eine Arbeitssteigerung einzutreten zu lassen und es wurden demzufolge ein Ausschuss für Staats- und Gemeindepolitik und solche für Kirche und Schule, für Ernährungsfragen und Landwirtschaft, für Uebergangswirtschaft und soziale Fragen und für Steuer- und Finanzfragen bestellt.

Stuttgart, 16. Jan. (Bürger-räte.) Gestern wurde die Gründung eines Landesverbands württ. Bürger- und Bauernräte beschlossen. In einer Entschliessung erklärt sich der Landes-Bürger- und Bauernrat im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung für die alsbaldige Abschaffung des Räte-systems. Solange aber dieses System besteht, wird die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Bürger- und Bauernräte verlangt. Zum Vorsitzenden wurde Rechtsanwalt Dr. Lindenmaier, zu seinem Stellvertreter Amtmann Dr. Schwammberger, beide in Stuttgart, gewählt.

Stuttgart, 16. Jan. (Staat und Krone.) Der „Beobachter“ schreibt: Das ursprüngliche Vermögen der landesherrlichen Familie, das Kammergut, wurde bei der Aufhebung der altwürtt. Verfassung vom 30./31. Dezember 1805 zu „einem von dem Königreich ungetrennten Staatsgut“ erklärt. Aus diesem Kammergut sind die persönlichen Bedürfnisse des Königs als Staatsoberhaupt und der Mitglieder des königlichen Hauses und die Prinzen u. a. der Prinzen zu bestreiten. Die Kron-Veranlagung löste die Zivilliste ab, indem dem König an ihre Stelle vom 1. Januar ds. Js. ab eine jährliche Rente von 200 000 M. und nach seinem Tode seiner Witwe eine solche von 100 000 M. zugestanden wurde. Dafür hatte aber der Staat die sehr hohen Lasten

der Zivilliste zu übernehmen, vor allem die Ausgaben für die höheren Beamten des Hofes, die Schloßherren, die Prinzen usw., besonders für das Theater. Die Beamten des Hofes werden zum Teil im Staatsdienst vermerkt, zum Teil müssen sie pensioniert werden. Der Hofbedarf an der sog. Kron-dotation, Immobilien und Pensionen, die Eigentum des Staates sind, und deren Ueberhaltung der Zivilliste unterlag, (Residenzschloß des Königs, der Schloßbau, Hoftheatergebäude, Königshaus, Schloßgarten, Rosenstein-Wilhelma, Favoritenpark, Rot- und Schwarzwaldpark bei der Solitude) ist aufgeboren worden und dem König lediglich Bebenhausen als Aufenthaltsort überlassen worden, während Friedrichshausen Privateigentum ist. Die von den Mitgliedern des königl. Hauses bewohnten Schlösser (sog. Prinzen-schlösser), die Staats-eigentum sind, wurden auf 31. März ds. Js. gekündigt.

Stuttgart, 16. Jan. (Die Beerdigung der Opfer.) Von den sieben bei dem Spartakus-mord ums Leben gekommenen wurden gestern nachmittags drei beerdigt: Auf dem Waldfriedhof der ehemaligen Landfarmmann Friedrich Hoff, auf dem Pragfriedhof der 46 Jahre alte Malermeister Paul Hartmann und auf dem Bergfriedhof der erst 17 Jahre alte Karl Jeyer. Die Bestattung des letzteren benutzten die Spartakusleute und die Unabhängigen zu einer Demonstration gegen die Regierung. Im Trauerzug bemerkte man eine Anzahl Kränze mit roten Schleifen. Der Gesangsverein „Vorwärts“ und „Korona“ sangen revolutionäre Lieder. Clara Jeklin, die Genossin Unfried und Engelhardt schauerten am Grabe, „den Mord“ zu rächen.

Letzte Nachrichten.

Die Verlängerung des Waffenstillstands unterzeichnet.

Berlin, 16. Jan. Die Verlängerung des Waffenstillstands ist heute nachmittags von Staatssekretär Erzberger unterzeichnet worden.

Berlin, 16. Jan. (Antlich.) Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tod Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Schuldige werden nach dem Gesetz bestraft werden. Die Leiche Rosa Luxemburgs ist noch nicht aufgefunden.

Bern, 17. Jan. Der Temp's ist beunruhigt, daß der Vormarsch der bolschewistischen Kräfte in Rußland die Zusammenziehung von deutschen Truppen an der polnischen Grenze zur Folge hatte. Er verlangt endgültige Beilegung des Bolschewismus durch Entsendung internationaler Kräfte, die von der Ukraine aus angreifen sollten.

Helsingfors, 16. Jan. Gestern nachmittags 2 Uhr wurde Dorpat nach hiesigem eifrigem Kampfe von einem Panzerzuge und estnischen Infanterie genommen. Um 5 Uhr zog sich der Feind in Unordnung und unter Hinterlassung von Kriegsbeute zurück.

Berlin, 17. Jan. Beim Berliner Magistrat sind Schadenersatzansprüche in Höhe von rund 6 Millionen Mark angemeldet worden, der durch die Spartakus-schikane der letzten Woche verursacht wurde.

Berlin, 17. Jan. Die Zahl der Arbeitslosen in ganz Berlin wird jetzt auf 200 000 geschätzt.

Berlin, 17. Jan. Wie dem „Berliner Lokal-anzeiger“ aus Haag mitgeteilt wird, melden die „Times“ aus Helsingfors: Wien, Aurlaads Hauptstadt, ist von den Bolschewisten besetzt. Die Deutschen liehen zahlreiche Kanonen und große Vorräte an Munition zurück, sowie 200 000 Liter Spiritus. Ein nach dem Abzug der Deutschen ausgebrochener Brand vernichtete 200 Häuser im Zentrum der Stadt. Die Eisenbahnverbindung mit Wien ist unterbrochen. Die Vorhut der Bolschewisten nähert sich Murawjorowo, 13 Meilen vom Hafen entfernt.

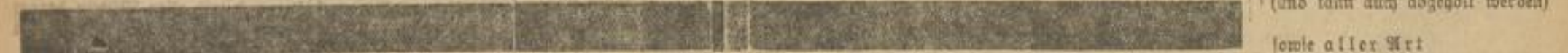
Druck und Verlag des württ. Reichs-Verlagsvertrages Allensteig, für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laul.



In der jetzigen Republik kann ein denkender Mensch
nur Deutsch demokratisch wählen

und folge am Sonntag, den 19. Januar mit seinen Hausgenossen und Bekannten dem Beispiel vieler Wähler in diesem Sinn. — Darum vollzählig

Auf zu dieser sehr wichtigen Wahl!



**Neukirchener Abreißkalender
 und Losungsbüchlein**
 sind zu haben in der
 W. Rieker'schen Buchhandlung.

Allensteig.
 Bestellungen auf selbstgehalteten
Tabak
 das Pfund zu Mark 7.50 frei ins
 Haus nimmt entgegen.
 Jakob Böhle.

Ein 15-jähriges
Mädchen
 sucht Stelle
 auf Lichtmess.
 Zu erst. in der Exp. ds. Bl.

Allensteig.
 Im
Bügeln
 von Stärk- und Glotwäsche
 empfiehlt sich bestens
 Käthe Bihler bei der Apotheke.
 Nehme auch Wäsche zum Waschen an.
Leinöl
 kauft
 (und kann auch abgeholt werden)
 sowie aller Art
Delfarben
 Lorenz Pfeifer,
 Gips- u. Malergeschäft
 Simmersfeld.

Niemand fehle!

Samstag, den 18. ds. Mts.,

in Altensteig im „Grünen Baum“ abends 8 Uhr
in Egenhausen in der „Krone“ nachmittags 6 Uhr

== Vortrag ==

von Herrn Parteisekretär Hopf aus Stuttgart
über das Thema:

„Vor der Entscheidung“

Hiezu werden alle Wählerinnen und Wähler von hier und der
Umgebung aufs wärmste eingeladen.

Die Deutsche demokr. Partei
Ortsgruppe Altensteig.

Zur Nationalversammlung

Wähler und Wählerinnen!!

Nachdem zahlreiche bürgerliche Wähler und Wählerinnen bei den
Wahlen zur Landesversammlung ihre Schuldigkeit für die Demokratie
getan haben,

bekannt die Demokratie Farbe

und verkündet in ihren Blättern einen Zusammenschluß des Linksblocks,
der Sozialdemokratie und Demokratie, gegenüber der angeblichen „Reaktion“.
Diesem Schlagwort zuliebe begeht die Demokratie

Verrat am Bürgertum,

das sich ihr gutgläubig anvertraut hat. Die Antwort wird das Bürger-
tum bei den kommenden Wahlen zu geben wissen!

Gegenüber dem Linksblock bildet sich im Reiche

ein starker Rechtsblock,

bestehend aus der Deutschen Volkspartei (Richtung Strefemann) und
der Deutschnationalen Volkspartei, dem alle die angehören, die für ruhige,
gesetzmäßige Fortentwicklung unseres Staatslebens eintreten und das
deutsche Volk schützen wollen vor verderblichen Experimenten der Revo-
lution. Diesem Rechtsblock treten auch

die Abgeordneten der Bürgerpartei

und des Bauernbundes bei. Die Behauptung der Demokratie, die Abge-
ordneten der Bürgerpartei werden im Reiche ohne Einfluß sein, ist falsch.
Im Gegenteil, nur ihre Stimmen fallen voll und ganz ins Gewicht zur
Vertretung der

wahren Interessen des Bürgertums und des Bauernstandes

Laßt euch nicht irreführen! wie am 12. Januar
Sanuar mit allen Stimmen einzutreten für die

Württembergische Bürgerpartei

und den

Württembergischen Bauernbund

Deutsche demokratische Partei.

Samstag, 18. Januar, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Traubensaal“
in Nagold

Wahl-Versammlung

Redner: Reichst.-Abg. Schweickhardt-Tübingen
über das Thema:

„Zur politischen Lage“

u. Dr. Scheel, Prof. d. Theologie
an der Universität Tübingen über:

„Staat u. Kirche im neuen Staat“

Hiezu werden die Frauen ganz besonders ein-
geladen.

Ferner werden sprechen:

Parteisekretär Hopf-Stuttgart

Samstag nachm. 3 Uhr in Wildberg im „Schwarzwald-
bräuhaus“ über das Thema:

„Vor der Entscheidung“

und Reichstags-Abgeordneter Schweickhardt
Samstag nachm. 3 Uhr in Haiterbach

in der „Krone“ über das Thema:

„Zur politischen Lage“

Professor Bauer-Nagold Freitag Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
in Eghausen

im „Waldborn“ über das Thema:

„Vor der Entscheidung“.

Bezirksverein Nagold der deutsch. dem. Partei.

Am Samstag, den 18. Januar 1919

in Walddorf nachm. 3 Uhr in der „Krone“

== Vortrag ==

von Mittelschullehrer Sandler-Nagold
über das Thema:

„Vor der Entscheidung“

Hiezu sind alle Wählerinnen und Wähler
freundlichst eingeladen.

Deutsche demok. Partei, Bezirksverein Nagold.

 Junge
Legehühner

zu kaufen gesucht.

Angebote unter G. N. 90 an die
Geschäftsstelle.

Güntherberg.

Entlaufen

ist mir mein junger, grauer

Wolfs-Hund

mit Hänges-Ohren, es wird um
Rückgabe gebeten

Gottfried Schleich.

Altensteig.

Batterien

für

Taschenlampen

sind in guter Qualität frisch
eingetroffen bei

Karl Henssler sen.
Eisenwarenhandlung.

Ein bereits noch neues

Stahlbügeleisen

mit 2 Stählen

hat zu verkaufen.

Wer sagt die Exp. ds. Bl.

Wahl = Aufruf

der Deutschen demokratischen Partei Calw.

Wähler und Wählerinnen!

Die Entscheidungstunde naht!

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen, die zweite folgt am

Sonntag, den 19. Januar.

Die wichtigste Entscheidung steht bevor. Es gilt jetzt für das ganze deutsche Reich eine Regierung zu wählen, die dem Volk Frieden, Ordnung, Lebensmittel und Arbeit geben soll.

Die Deutsche demokratische Partei ruft alle staats-erhaltenden Männer und Frauen zur Beteiligung an der Wahl zur deutschen National-Versammlung und zur Abgabe des Deutschen demokratischen Wahlzettels auf.

Die Wahlen zur deutschen National-Versammlung sind von ungeheurer Wichtigkeit,

denn von ihnen hängt es ab, ob Deutschland, das infolge der verruchten Herrschaft der unabhängigen Sozialisten im Staube liegt, wieder ein geordnetes Staatswesen aufbauen kann.

Unsere Feinde warten das Ergebnis der Wahl mit scharfem Blick ab und treffen darnach ihre Maßnahmen.

Sie erklären immer und immer wieder: **Ohne Beseitigung der radikalen Sozialdemokratie gibt es keinen Frieden und kein Brot.**

Wir brauchen aber Frieden, weil wir in allererster Linie Nahrungsmittel nötig haben, denn sonst droht unserem ganzen deutschen Volke der Hungertod.

Wir brauchen den Frieden, damit wir unsere Grenzen beschützen und nicht ein Stück deutschen Landes um das andere verlieren sollen.

Wir brauchen den Frieden, damit wir vom Auslande Rohstoffe erhalten und unsere Millionen von Arbeitern, Handwerkern und Gewerbetreibenden lohnend beschäftigen können.

Schon während des Kriegs ist die Deutsche demokratische Partei immer und immer wieder bestrebt gewesen, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen und dem Volk die Segnungen des Friedens zuteil werden zu lassen.

Sie ist unermüdt tätig gewesen, um den schauerhaften Greueln des Kriegs ein Ende zu machen. Ihren Bemühungen ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß der Waffenstillstand abgeschlossen wurde und unsere Soldaten in die Heimat zurückkehren durften.

Die Deutsche demokratische Partei hat bei den Landtagswahlen unter den bürgerlichen Parteien die erste Stelle eingenommen und die meisten Vertreter erhalten.

Dieses glänzende Ergebnis beweist, daß das Volk die Ziele unserer Partei für richtig anerkannt hat und daß es ihr den Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf freiheitlicher Grundlage ermöglichen will.

Soll Deutschland wieder groß und mächtig werden, so kann dies nur von einer Partei erreicht werden, die im Volke selbst wurzelt und lebt und ihre Kräfte aus dem Volke erhält.

Diese Partei ist allein die Deutsche demokratische Partei.

Sie bekämpft die Sozialdemokratie aller Richtungen, denn diese hat zum Ziel die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, also der Werkzeuge und Maschinen des Handwerkers und des gewerblichen Mittelstandes und des Grund und Bodens des kleinen Bauern. Sie bekämpft die Sozialdemokratie, weil diese die Trennung der Kirche, Staat und Schule in kirchen- u. religionsfeindlichem Sinne durchsetzen will.

Sie bekämpft aber auch die Bürgerpartei und die verschiedenen Bauernbünde, weil diese Klaffengegensätze und nicht Klassenversöhnung schaffen, den Militarismus verteidigen u. für möglichste Schonung des Kapitalismus eintreten.

Was fordert aber die Deutsche demokratische Partei?

- 1) Scharfe Erfassung des Kapitals zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens.
- 2) Freiheitlichen Aufbau des Staates auf den Schultern des ganzen Volkes.
- 3) Trennung der Kirche vom Staat unter Herausgabe des Kirchenguts oder Gewährung einer angemessenen Rente.
- 4) Konfessionellen Religionsunterricht in der Schule und volle Glaubensfreiheit.
- 5) Beibehaltung des Privateigentums und Anantastbarkeit der Kriegsanleihen, der deutschen Staats- und Wertpapiere und der Sparkasseneinlagen.
- 6) Unbedingte Erhaltung eines freien Bauern- und Handwerkerstandes und Sicherstellung der Rechte der Beamten, Unterbeamten und staatlichen Arbeiter.
- 7) Ausgiebige Arbeitsgelegenheit und anständiges Auskommen für jeden Arbeiter.

Die Wahlen zum Landtag haben leider gezeigt, daß sehr viele Soldaten und Kriegsteilnehmer aus Kummer über schimpfliche Behandlung und sehr viele Bauern aus Mißmut über außerordentliche Bevormundung und drückende Vorschriften ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben und dieser Umsturzpartei eine große Zahl von Abgeordneten zugeführt hat.

Die Mißstimmung vieler Wähler ist zu verstehen, aber diese darf nicht dazu führen, einer Partei die Stimme zu geben, die die Hauptgegner eines freien Bauern- und Handwerkerstandes ist. Die Folgen dieser momentanen Verärgerung und die Zuneigung zur Sozialdemokratie werden sich bei den Schuttagwahlen für die Landwirtschaft u. den Mittelstand in schwerster Weise geltend machen.

Jeder Bauer und Handwerker, der seine Stimme für die Sozialdemokratie abgibt, betrügt sich selbst um seinen Fleiß und schädigt seine eigenen Kinder und bringt sie für die Zukunft in größte Gefahr.

Wer sein Volk und seine Familie lieb hat, der wähle die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei.

Je stärker diese Partei ist, desto sicherer wird sich eine arbeitsfähige Mehrheit ergeben, die Deutschland wieder in den Sattel hebt.

Alle Stände unseres Volkes sollen wieder ein Heim finden, das jedem deutschen Bürger eine traute Wohnstätte für seine Familie bieten soll.

Wenn auch schwere Zeiten kommen werden, so wollen wir treu zusammenstehen für das Reich, für die Heimat, für deutsches Wesen, für unser Volk und für unsere höchsten, heiligsten Güter.

Darum auf zur Wahl und gebt Eure Stimmen ab für die

Deutsche demokratische Partei.